

Sie machen Platz für Kinderrechte

Auf diesem Bild sieht es auf dem Spielplatz in der Nähe des Marcusbrunnens im Bürgerpark noch ziemlich erwachsen aus. Aber Kathrin Moosdorf (Zweite von links) und Gisela Knigge (beide Kinderschutzbund), Bürgerparkdirektor Tim Großmann (Zweiter von rechts) und Ralph Saxe (Grüne) haben sich am Dienstag dort getroffen, um genau das zu ändern. Der Bereich um das Trampolin wird auf Bestreben des Quartetts neu gestaltet und, vor allem, dort bekommt Bremen seinen ersten „Platz der Kinderrechte“. Ein rot-weißes Spielgerät in Leuchtturmförmigkeit und drehbare Würfel sollen darauf hinweisen, dass auch Kinder Rechte haben und welche das sind. „Es ist ein ehrgeiziges Ziel, aber wir wollen den Platz am Kindertag am 18. August einweihen“, sagt Saxe. Unterstützung bekommt das Projekt auch von Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne), ihr Ressort gibt 5000 Euro zu den insgesamt 20 000 Euro dazu. Der Rest soll unter anderem über Spenden finanziert werden.

TEXT: NIW/FOTO: FRANK THOMAS KOCH



Kritik an Neubau des Horner Bads

Größe der Schwimmbecken

VON EVA PRZYBYLA

Bremen. Die Bürgerinitiative Pro Unibad hat am Dienstag erneut die verkleinerten Becken des geplanten neuen Horner Bads kritisiert. Nach Angaben der Aktivisten soll die Fläche des großen Schwimmbeckens 29 Prozent kleiner als das alte Becken sein, das Gewölbungsbecken soll um 20 Prozent schrumpfen. Das Nichtschwimmerbecken fällt den Aktivisten zufolge gänzlich weg. Nach Angaben des Sozialressorts, dem das Sportamt und somit auch die Planung des Horner Bads untersteht, sind diese Zahlen jedoch bereits seit 2016 bekannt.

Die Bürgerinitiative, die den Schwimmbad-Neubau auf dem Gelände des alten Freibads Horn ablehnt, kritisierte zudem grundsätzlich die Pläne des Sportamts. Diese lagen dem Initiativenmitglied Eberhard Dengler vor. Er stritt ein Jahr lang mit dem Sportamt um eine Einsicht in die bautechnische Zuwendungsprüfung, also relevante Unterlagen zum Neubau des Horner Bads. Doch erst als das Bremer Verwaltungsgericht ihm Recht gab, stellte das Sportamt ihm die Unterlagen – teilweise geschwärzt – zur Verfügung. Nach der Einsicht fällt Denglers Resümee nüchtern aus: „Eigentlich wissen wir jetzt nichts Neues“, sagt er. Sein Ziel sei nun, auch die geschwärzten Teile zu prüfen. Konkret seien das Passagen, die die detaillierten Kosten des Kursbads innerhalb des Neubaus betreffen, erläutert Dengler. Neue Erkenntnisse zu den Kosten des neuen Horner Bads erhofft er sich davon jedoch nicht.

Zum Schluss ein Streit

Senatskampagne entzweit das Stadtparlament in der letzten Sitzung vor der Wahl

VON NINA WILLBORN
UND NORBERT HOLST

Bremen. Aus einer Aktuellen Stunde waren am Ende beinahe zwei geworden, und die Bürgerschaft hätte gut und gerne wohl auch noch zwei weitere über die Senatskampagne zum Volksentscheid über die Zukunft der Galopprennbahn diskutieren können. Vor unter anderem durch Mitglieder der Rennbahn-Bürgerinitiative (BI) gut gefüllten Zuschauerreihen stritten die Abgeordneten in der letzten Stadtbürgerschaftssitzung vor der Wahl um die Frage, ob es legal und integer sei, dass der Senat bis zu 250 000 Euro dafür ausgegeben hat, die Bremer unter anderem durch Flyer und Kinowerbung darauf hinzuweisen, dass sie am 26. Mai seiner Meinung nach besser mit „Nein“ (und damit für eine Bebauung) abstimmen sollten.

Auch Axel Adamietz, Freie-Wähler-Politiker und Rechtsanwalt, hörte zu. Er hegt starke Zweifel an der Legitimität der Kampagne und hatte angekündigt, eine Eilklage vor dem Verwaltungsgericht anstrengen zu wollen, wenn der Senat nicht einlenke (wir berichteten). In der Diskussion zumindest sah es nicht danach aus – SPD und Grüne verteidigten die Kampagne, die Linken sprangen ihnen bei. Scharfe Kritik kam von FDP, CDU und Bürgern in Wut. „Ich finde es weiterhin äußerst dubios, nach welchen Kriterien der Senat hier Mittel ausgeben kann“, sagte Adamietz im Anschluss an die Diskussion. Auf jeden Fall solle sich seiner Meinung nach der Rechnungshof damit befassen. Ob er die Klage tatsächlich ein-

reicht, soll sich an diesem Mittwoch entscheiden.

Andreas Sponbiel, Initiator der BI, äußerte sich angesichts der Möglichkeit, das Thema vor Gericht zu bringen, zunächst zurückhaltend. „Die beste Antwort auf die Kampagne des Senats ist es, beim Volksentscheid mit Ja zu stimmen“, sagte Sponbiel. Die Mitglieder der BI wollen verhindern, in den letzten Wochen vor der Abstimmung von den Bremern als „Streithansel“ wahrgenommen zu werden, außerdem wäre eine Klage „eine Sache des Parlaments“.

Ursprünglich allgemeiner Beschluss

Zuvor hatte FDP-Fraktionsvorsitzende Lenke Steiner die Kampagne als „ganz bewusste Beeinflussung der Wahl“ und eine Riesen-Sauerei bezeichnet; ihre Fraktion hatte die Aktuelle Stunde beantragt. „Sie hätten lieber mal eine Kampagne für eine höhere Wahlbeteiligung starten sollen“, sagte sie in Richtung von Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) und forderte ihn auf, „diese pure Arroganz der Macht“ zu beenden. „Wenn wir als Fraktion so eine Kampagne gestartet hätten, oder die CDU oder die Linke, wäre der Rechnungshof durchgedreht“, schimpfte Steiner.

Sieling wiederum argumentierte, bei der Frage der Zukunft des Rennbahngeländes gehe es um eine zentrale Frage zur Zukunft Bremens. Man habe die zeitlichen Fristen, die eigentlich für einen Volksentscheid gelten, „drastisch verkürzt“, um die Abstimmung zeitgleich mit der Wahl zu ermöglichen und damit die Chance, dass sich möglichst viele Bre-

mer beteiligen. „Wir haben eine schnelle Entscheidung möglich gemacht, und das verpflichtet uns, sicherzustellen, dass bei den Bremerinnen und Bremern eine hohe Sachkenntnis vorhanden ist“, sagte Sieling. Der Senat trete für das Gemeinwohl ein.

Ähnlich formulierte es Robert Bücking (Grüne). „Der Senat und die Bürgerschaft sind gewählte Repräsentanten der Stadtgesellschaft“, sagte er. Insofern könne man nicht erwarten, dass sich der Senat nun bei einer derartigen Entscheidung „zum Zaungast“ mache, zumal es ursprünglich einen gemeinsamen Beschluss der Bürgerschaft gegeben habe, 50 Prozent des Geländes zu bebauen. Björn Tschöpe (SPD) sekundierte, alle Argumente, ob pro oder contra Bebauung, seien parteiübergreifend. „Aber hier wird der Vorwurf erhoben, es gehe um ‚wir da unten‘ und ‚ihr da oben‘, also Bürger gegen das Establishment. Das hat mit der Realität gar nichts zu tun.“

Jens Eckhoff (CDU) monierte, SPD und Grüne hätten sich nicht ausreichend mit den Sorgen der Rennbahn-Gegner befasst. „Dann wurde das erste Quorum erreicht, und dann brach Panik aus“, sagte er. Auf Nachfrage gestand er allerdings auch ein, dass die Unterstützung der CDU der BI lediglich für „vorerst“ keine Bebauung gelte. Kristina Vogt (Linke) hat kein Problem damit, „dass sich der Senat zur Rennbahn positioniert“. „Es gibt aber Grenzen, in welchem Umfang staatliche Mittel eingesetzt werden dürfen“, sagte sie. Für die Zukunft wünschte sich Vogt, „dass wir Regeln aufstellen, wie Volksentscheide aussehen sollen“.

Bremer wollen mehr mitentscheiden

„Mehr Demokratie“ stellt seinen Volksbegehrensbericht vor und fordert mehr Fairness während der Verfahren

VON INA BULLWINKEL

Bremen. Mehr Menschen in Deutschland nutzen ihr Recht der direkten Demokratie. Das stellt der Verein „Mehr Demokratie“ in seinem aktuellen Volksbegehrensbericht fest. 2018 seien mit 17 Verfahren fast doppelt so viele Volksbegehren eingeleitet worden wie im Jahr zuvor. Das ist nach Angaben des Vereins der vierthöchste Wert in der Geschichte der Bundesrepublik. Nur in den Jahren 1997, 2007 und 2011 habe es mehr Initiativen gegeben. Auch mit Blick auf die vergangenen Jahrzehnte steige die Zahl an. „Die Verfahren sind wie ein Seismograf, der die Stimmung der Menschen zeigt“, sagt Tim Weber, Geschäftsführer von „Mehr Demokratie“. Und offenbar hätten mehr Menschen einen Grund, sich aufzulehnen. Bestimmte Themen tauchen gemäß „Mehr Demokratie“ deutschlandweit auf, darunter Pflegenotstand und Umweltschutz.

Der Volksbegehrensbericht erscheint alle zwei Jahre und dokumentiert, wie sich die An-

zahl und Art der Volksbegehren in Deutschland und auch in Bremen seit 1946 entwickelt haben. Für Bremen fällt die Bilanz gut aus: Im vergangenen Jahr gründeten sich drei Initiativen mit dem Ziel eines Volksbegehrens. Bei ihnen geht es um den Schutz der Platanen am Neustädter Deich, um mehr Krankenhauspersonal und um eine Reform des Wahlrechts. Auch wenn drei Verfahren wenig erscheinen mögen, für Webers Verein sind sie ein gutes Zeichen: „Wir finden es gut, wenn das Instrument des Volksbegehrens überhaupt genutzt wird.“ Davor habe es eine längere Pause gegeben, das letzte Verfahren wurde 2014 angestoßen.

391 direktdemokratische Verfahren wurden seit 1946 in Deutschland eingeleitet. In Bremen waren es 14, viermal kam es zum Volksbegehren. Spitzenreiter sind Hamburg und Brandenburg, wo pro Jahr etwa zwei Verfahren

initiiert werden. Schlusslichter sind Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz.

Dass sich die Initiativen in Bremen nun mehren, führt Weber unter anderem auf eine Neuinterpretation des Gesetzes zurück. Die habe dazu geführt, dass die Unterschriften für den Zulassungsantrag auf das Volksbegehren angerechnet werden können und so das Verfahren verkürzt wird. „So oder so muss es zu einer Gesetzesreform kommen, das ist eine gute Gelegenheit, um das Verfahren insgesamt zu verbessern“, sagt Weber.

Auch wenn die Anzahl der Verfahren insgesamt steige, seien die Hürden für einen Volksentscheid immer noch hoch, kritisiert Weber. Deutschlandweit sei es seit 1946 nur 24 Mal zu einem Volksentscheid gekommen. Zwei Drittel aller abgeschlossenen Verfahren würden scheitern, ohne dass es zu

einer Abstimmung komme. „Aus unserer Sicht kommt es viel zu selten zu Volksentscheiden“, sagt Weber.

Der anstehende Volksentscheid zur Bremer Galopprennbahn taucht in dem Bericht übrigens nicht auf, da er sich auf ein kommunales Anliegen bezieht. Das ist beim Schutz der Platanen, der Forderungen nach mehr Krankenhauspersonal und der Reform des Wahlrechts anders: Hier geht es um die Änderung eines Bremischen Gesetzes, das das ganze Land Bremen betrifft. Im Zusammenhang mit der Galopprennbahn spricht Weber allerdings den Vorschlag seines Vereins an, eine Fairnessklausel für Volksentscheide einzuführen. Mit seiner Broschüre, die für ein „Nein“ wirbt, habe der Senat einseitig informiert, sagt Weber. „Das ist vielleicht legal, aber nicht legitim“, sagt er und nennt das Vorgehen ein „politisches Foul“. „Ein Volksbegehren ist ein Verfahren, das den Bürgern Vertrauen in die Demokratie geben soll“, sagt Weber. „Der Senat hat dieses Vertrauen zerstört.“



Tim Weber
FOTO: WEBER



Ein Urteil lässt sich widerlegen,
aber niemals ein Vorurteil.
MARIE VON EBNER-ESCHENBACH (1830 – 1916)

DAS WIRD HEUTE WICHTIG IN BREMEN

POLITIK

Live-Talk-Runde

1 Alle Spitzenkandidaten der Bürger-schaftsparteien treffen sich im TV-„Wahllokal“ von Radio Bremen. Ab 20.15 Uhr stehen sie den Moderatoren zu den großen Themen des Landes Rede und Antwort.

POLITIK

Sitzung der Bürgerschaft

2 Die Bremische Bürgerschaft kommt zweieinhalb Wochen vor der Wahl zur 81. Sitzung zusammen.

KULTUR

Konzertsaison 2019/2020

3 Die Bremer Philharmoniker stellen ihr Programm für die Konzertsaison 2019/2020 vor.

WOHNWAGEN-DIEBSTAHL

Täter in Frankreich erwischt

Bremen. Ein in Huchting gestohlener hochwertiger Wohnwagen ist dank eines installierten GPS-Trackers nur einen Tag später in Frankreich geortet und sichergestellt worden. Der 71 Jahre alte Eigentümer hatte den Wohnwagen auf dem Parkstreifen vor seinem Haus abgestellt und am frühen Morgen den Diebstahl bemerkt. Trotz Deichsicherung und Kralle hatten es die Diebe geschafft, das neuwertige Gefährt zu entwenden. Bereits wenige Stunden nach der Tat gelang es aufgrund des eingebauten GPS-Senders, den Wohnwagen in Frankreich nahe der belgischen Grenze zu orten. Durch die schnelle Zusammenarbeit der Polizei Bremen, des Bundeskriminalamtes und der französischen Polizei stellten Einsatzkräfte den Caravan in der Nähe der französischen Stadt Maubeuge sicher. Im Zugfahrzeug befanden sich zwei 41 Jahre alte Männer, die vorläufig festgenommen wurden. Aufgrund der professionellen Tatabführung geht die Polizei von einer länderübergreifend agierenden Täterbande aus. HPP

MUSEUMSSCHIFF „SEUTE DEERN“

Geld für die Sanierung

Bremerhaven. Der Bremer Senat hat in seiner Sitzung am Dienstag der Bereitstellung von 466 000 Euro für die Sanierung des fast 100 Jahre alten Museumsschiffes „Seute Deern“ zugestimmt. „Das ist eine gute Entscheidung für Bremerhaven“, sagte dessen Oberbürgermeister Melf Grantz. So könne geklärt werden, wie und unter welchen Bedingungen das durch einen Brand stark beschädigte Segelschiff samt dem Außengelände für den Museumsbetrieb erhalten werden kann. Neben dem kommunalen Anteil in Höhe von 234 000 Euro (für die Jahre 2019 und 2020) hat der Bund bereits Planungsmittel in Höhe von insgesamt 700 000 Euro (für die Jahre 2019 und 2020) zugesichert. MAA

NORDWESTBAHN

Zugausfälle wegen Bauarbeiten

Bremen. Wegen Bauarbeiten müssen Bahnreisende von Sonntag (12. Mai) an auf der Linie RS1 zwischen Bremen und Bremen-Burg mit Zugausfällen rechnen. An den Bahnhöfen zwischen Burg und Farge werde es zu späteren Abfahrts- und Ankunftszeiten kommen, teilte die Nordwestbahn am Dienstag mit. Das Unternehmen will wegen der Bauarbeiten der DB Netz AG bis zum 17. Mai einen Schienenersatzverkehr mit Bussen einrichten. DPA

STADTBÜRGERSCHAFT

Bepflanzung von Flachdächern

Bremen. In der Stadt Bremen müssen bei Neubauten Flachdächer künftig begrünt und Freiräume bepflanzt werden (wir berichteten). Ein entsprechendes Gesetz hat die Stadtbürgerschaft am Dienstag auf Initiative der Grünen-Fraktion beschlossen. Hintergrund sei auch der Klimawandel, erläuterte die Fraktionsvorsitzende Maïke Schaefer. DPA